



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 05.03.2024**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:02 Uhr bis 18:49 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Claudia Schmidt Ute Haupt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertretung für Frau Mackies
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), anwesend bis 18:40 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), anwesend bis 18:26 Uhr
Dr. Inés Brock-Harder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, anwesend von 17:12 - 18:45 Uhr
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, anwesend bis 18:26 Uhr
Carsten Heym Torsten Schiedung	AfD-Stadtratsfraktion Halle SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertretung für Frau Dr. Burkert
Dr.med. Detlef Wend Andreas Hemming Cordula Henke	Fraktion MitBürger Sachkundiger Einwohner Sachkundige Einwohnerin, anwesend bis 18:30 Uhr
Friedrich Lemberg André Scherer Andreas Slowig Paulin Amler	Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundige Einwohnerin, anwesend bis 18:46 Uhr
Jasmin Scholtbach	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow Alexander Frolow Christian Hiepe Susanne Schultze Markus Petzold Annett Fritzsche Annika Seidel-Jähmig	Beigeordnete für Bildung und Soziales Fachbereichsleiter Bildung Abteilungsleiter Schule Abteilungsleiterin Hochbau Schulen Schulnetzplaner Sozialplanerin / Bildungsmonitoring Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Lisa Leluk	stellvertretende Protokollführerin

### **Gäste**

Ulrike Bleck Vinzenz Schwarz	Schulleiterin der Grundschule „Am Kirchteich“ Geschäftsführer der Halleschen Verkehrs-AG
---------------------------------	---

### **Entschuldigt fehlten:**

Stefanie Mackies Andreas Schachtschneider Dr. Silke Burkert Martin Bochmann	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion Hauptsache Halle SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig
Grit Michelmann Jan Riedel	Sachkundige Einwohnerin Sachkundiger Einwohner

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der Vorsitzenden, **Frau Schmidt**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Schmidt** sagte, dass nichts von der Tagesordnung zu streichen oder auf diese zu setzen ist. Sie gab bekannt, dass zu TOP 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausweichstandort während der Sanierung der Grundschule "Am Kirchteich" (Vorlage: VII/2023/06663) eine Stellungnahme der Verwaltung hinterlegt wurde, sowie ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorliegt, welcher unter TOP 6.1.1 behandelt wird.

**Herr Schiedung** äußerte, dass er den Änderungsantrag seiner Fraktion zurückzieht.

Da es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.02.2024
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2024/06736
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausweichstandort während der Sanierung der Grundschule "Am Kirchteich"  
Vorlage: VII/2023/06663
7. Mitteilungen
- 7.1. FaktenCheck Bildung 2023  
Vorlage: VII/2024/06843
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der

Niederschrift vom 06.02.2024

11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

**zu 3 Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.02.2024**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 06.02.2024:

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2024/06736**

---

**Frau Brederlow** führte kurz in die Vorlage ein.

**Herr Dr. Wend** fragte, ob im Bereich Kanena / Reideburg Änderungen in der Aufteilung der Grundschulbezirke vorgenommen wurden.

**Frau Brederlow** verneinte dies und fügte hinzu, dass Eltern bei Problemen mit dieser Thematik einen Antrag auf Umsetzung stellen können.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die anliegende Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – gemäß der Anlage 1.

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausweichstandort während der Sanierung der Grundschule "Am Kirchteich" Vorlage: VII/2023/06663

---

**Frau Schmidt** beantragte das Rederecht für Frau Bleck. Da es keine Gegenrede gab, erhielt Frau Bleck das Rederecht.

**Herr Scherer** stellte fest, dass die Stadtverwaltung für die Schülerbeförderung den Busverkehr favorisiert und fragte, wo lang die Fahrtstrecke verlaufen wird.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Hemming** führte in die Vorlage seiner Fraktion ein und fragte, warum die Verwaltung den Abbau der Anlage mit berechnet.

**Herr Schiedung** befürwortete den Antrag und kritisierte die groben Angaben der Summen in der Stellungnahme der Verwaltung. Er fragte, wie hoch der eingeplante Puffer ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass der Abbau mit geplant werden muss, da die Modulanlage erst kürzlich angeschafft wurde. Sie führte aus, dass wenn die Anlage den Standort wechselt, muss der Abbau mit berechnet werden. Herrn Schiedung antwortete sie, dass es noch keine konkrete Planung gibt und dementsprechend auch noch keine konkrete Aussage zu einem Puffer.

**Frau Schultze** fügte hinzu, dass die Zusammenstellung nach Rücksprache mit dem Container-Hersteller erarbeitet wurde. Sie sagte, dass die Kosten für den Planer geschätzt sind und im Falle eines positiven Beschlusses eine Baugenehmigung erwirkt werden muss und Planerleistungen ausgeschrieben werden müssen.

**Frau Schmidt** lobte die übersichtliche Aufstellung der Kosten in der Stellungnahme. Sie fragte, ob bei einer Bauzeitenverzögerung das Umsetzen der Container sogar günstiger wäre, da der Unterschied der beiden aufgezeigten Varianten in der Stellungnahme der Verwaltung mit 200.000 € gering ist. Zusätzlich merkte sie an, dass die Situation hinsichtlich der Turnhallen in der Mötzlicher Straße sehr ungünstig ist und fragte, ob die Turnhalle der Grundschule „Am Kirchteich“ während der Sanierung genutzt werden könnte.

**Frau Schultze** antwortete, dass die angedachte Bauzeit auf Erfahrungswerten von vorherigen Sanierungen des Schultypes Erfurt beruhen. Sie fügte hinzu, dass die Vergabe der Planungsleistungen für die Sanierung gerade gestartet ist und dass die Turnhalle der Grundschule „Am Kirchteich“ zur Verfügung stehen würde, auch zur Zeit der Sanierung.

**Frau Ranft** unterstützte die Argumentation von Frau Schmidt. Sie bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung (2. Absatz) und fragte, ob der Bau der Spielanlagen bis Ende des Jahres 2025 erfolgen müssen oder ob diese verschiebbar sind. Zusätzlich fragte sie, ob dies durch Städtebaufördermittel finanziert wird. Abschließend bat sie um ein Stimmungsbild bei der Schulleiterin Frau Bleck.

**Frau Brederlow** antwortete, dass die Beantwortung der Fragen im Nachgang schriftlich erfolgt.

**Frau Bleck** sprach sich für den Aufbau der Modulanlage in der Nähe des aktuellen Schulgebäudes aus. Sie äußerte sich hingegen kritisch zu der Variante mit der Beschulung im Modulbau in Halle-Trotha. Sie merkte an, dass die Fahrzeiten von der Telemannstraße bis in die Mötzlicher Straße mit dem ÖPNV sehr lang sind und dass es aufgrund von Sprachbarrieren schwierig ist, den Eltern zu erklären, wo die Kinder im Krankheitsfall abgeholt werden müssen.

**Herr Lange** bekräftigte die Aussagen von Frau Bleck und unterstützte den Antrag, trotz der Mehrkosten.

**Herr Scherer** fragte, auf welche Horte sich die Kinder der Schule aufteilen.

**Frau Bleck** antwortete, dass alle Schüler den Freinet-Hort „Am Kirchteich“ besuchen.

**Herr Dr. Wend** sprach seine Zustimmung für den Antrag aus.

**Herr Heym** sagte, dass er den Antrag unterstützt, obwohl die Option kostenintensiver als die, der Verwaltung ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Zeitraum der geplanten Sanierung des Schulstandortes der Grundschule „Am Kirchteich“ (Telemannstraße 5 in Halle Neustadt) im Zeitraum Sommerferien 2025 bis Sommerferien 2027 einen Ausweichstandort für die Schule unter Verwendung der aktuell im Bereich Mötzlicher Straße verwendeten städtischen Modulanlage im Umfeld des aktuellen Schulstandortes zu errichten.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausweichstandort während der Sanierung der Grundschule "Am Kirchteich" – Vorlagen-Nummer: VII/2023/06663  
Vorlage: VII/2024/06922**

---

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Zeitraum der geplanten Sanierung des Schulstandortes der Grundschule „Am Kirchteich“ (Telemannstraße 5 in Halle Neustadt) im Zeitraum Sommerferien 2025 bis Sommerferien 2027 einen **möglichst nahen Ausweichstandort für die Schule zu prüfen, um lange Fahrzeiten für die Schüler:innen zu vermeiden** unter Verwendung der aktuell im Bereich Mötzlicher Straße verwendeten städtischen Modulanlage im Umfeld des aktuellen Schulstandortes zu errichten. **Dabei soll auch die Aufstellung von Modulen im Umfeld des aktuellen Schulstandortes in organisatorischer, baulicher und finanzieller Hinsicht geprüft werden. Das**

**Prüfungsergebnis, das alle Optionen gegenüberstellt, wird dem Stadtrat rechtzeitig vor der Sitzung am 24. April 2024 vorgelegt.**

## **zu 7        Mitteilungen**

---

### **zu 7.1      FaktenCheck Bildung 2023 Vorlage: VII/2024/06843**

---

**Frau Fritzsche** stellte die Thematik mithilfe einer Präsentation vor.

*Die Präsentation steht über Session zur Verfügung.*

**Herr Schiedung** fragte aus welchem Bereich die meisten Schüler ohne Abschluss kommen.

**Frau Fritzsche** verwies auf die Anlage.

**Frau Dr. Brock-Harder** stellte in der Präsentation fest, dass es im Stadtgebiet einen deutlichen Zuwachs der Kinder unter 18 Jahren gab, jedoch die Geburtenzahlen zurückgegangen sind und fragte, ob das mit Migration zu erklären ist.

Frau Fritzsche bejahte dies.

**Frau Dr. Brock-Harder** warnte davor wegen des Geburtenrückgangs die Grundschulplätze in den nächsten Jahren zu reduzieren.

**Frau Fritzsche** sagte, dass dafür offizielle Prognosen herangezogen werden und laut Schulentwicklungsplanung keine Reduzierung der Grundschulen geplant ist.

**Frau Dr. Brock-Harder** fragte zur Folie 8 der Präsentation, warum die annähernd gleichbleibende Prozentzahl (2021: 2,9 % und 2022: 2,5 %) nicht als Fortgang gewertet wurde.

**Frau Fritzsche** bezeichnete das als deutlichen Rückgang, auch nach Absprache mit dem Gesundheitsamt.

**Frau Brederlow** verwies auf die Idee des Bildungsbeirates, stärker mit den Daten aus den Einschulungsuntersuchungen zu arbeiten, soweit dies datenschutzrechtlich möglich ist.

**Frau Brock-Harder** fragte, wie die Stadtverwaltung mit den 12,6 % Schulabgängern ohne Schulabschluss umgeht.

**Frau Brederlow** antwortete, dass diese Schulabgänger an berufsbildenden Schulen in den BVJ-Klassen unterkommen. Weiterhin verwies sie auf das Landesprojekt „Produktives Lernen in Schule und Betrieb“, welches Regelinstrument werden soll.

**Frau Dr. Brock-Harder** fragte nach einer Statistik, aus der erkennbar ist, wie erfolgreich die Maßnahmen für Jugendliche ohne Schulabschluss sind.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Schmidt** fragte nach der Ursache der Steigerung des Fachpersonals an Kitas um 6 %.

**Frau Fritzsche** erklärte dies mit der gestiegenen Anzahl an Teilzeitkräften.

**Frau Schmidt** bezog sich auf die Schuleingangsuntersuchungen und fragte warum bei den Entwicklungs- und Sprachstörungen die Zahlen so stark schwanken.

**Frau Brederlow** sagte, dass aktuell die Planung besteht zur Thematik der Schuleingangsuntersuchung das Gesundheitsamt in den Jugendhilfeausschuss einzuladen, um solche Fragen zu klären.

**Herr Slowig** lobte zwar die Verdichtung an Informationen und Statistiken im FaktenCheck, kritisierte jedoch, dass die jeweiligen Hintergründe auf der Strecke bleiben.

**Frau Fritzsche** antwortete darauf, dass das stimmt, aber der Anspruch des FaktenChecks Bildung ist, ein kompaktes statistisches Nachschlagewerk zu sein. Interpretationen und sozialräumliche Differenzierungen würden seinen Rahmen sprengen.

**Herr Scherer** fragte nach der Zahl der Hortkinder mit besonderem Förderbedarf.

**Frau Fritzsche** wies auf Seite 11 in der Anlage hin („Kinder mit Eingliederungshilfen und Beitragsbefreiung“).

Herr Hemming fragte, warum im FaktenCheck für das Jahr 2022 manchmal das Schuljahr 2022/23 und manchmal das Schuljahr 2021/22 herangezogen wird.

**Frau Fritzsche** erklärte, dass manche Daten, wie z.B. die Schulabschlüsse, am Schuljahresende (2021/22) und manche, wie z.B. die Übergangsquote an weiterführende Schulen, am Schuljahresanfang (2022/23) erhoben wurden.

**Herr Heym** stellte fest, dass der Wert der verspätet eingeschulten Kinder, kontinuierlich zwischen 2 und 3 schwankt und fragte, warum im FaktenCheck ein Zusammenhang mit der Corona Pandemie hergestellt wurde.

**Frau Fritzsche** antwortete, dass der Zusammenhang vom FB Gesundheit gezogen wurde. Einer der Gründe dafür ist, dass alle Kitas den Betrieb stark herunterfahren mussten, sodass manche Kinder gar nicht in der Kita betreut wurden und Entwicklungsdefizite und Verzögerungen entstanden sind.

**Herr Dr. Wend** bat um Fokussierung auf die Thematik der Schulverweigerer und den Anstieg der gestiegenen Sprachstörungen.

## **zu 7.2 Frau Brederlow zum Schülerbeförderungsvertrag**

---

**Frau Brederlow** kündigte eine Erklärung zur Kostenzusammensetzung im Schülerbeförderungsvertrag an und übergab das Wort zunächst an Herrn Hiepe.

**Herr Hiepe** sagte, dass hinter der SchülerZeitKarte ein 5-jähriger festgeschriebener Vertrag mit einer untertariflichen Preisanpassung von 1,5 % steht und aus diesem Grund sie marginal teurer als die SCHOOL Card ist. Er kündigte an, dass dazu eine Detailaufstellung in der nächsten Sitzung des Stadtrates zur Verfügung gestellt wird.

**Herr Schwarz** erklärte, dass in dem Schülerbeförderungsvertrag drei Dinge inkludiert sind: klassische Schülerbeförderung, Schulwegfahrten und die Verstärkerfahrten. Er sagte, dass über den Vertrag die SCHOOL Card und die SchülerZeitKarte getragen wird.

**Herr Heym** fragte, wie sich der Preis der SCHOOL Card entwickeln wird.

**Herr Schwarz** antwortete, dass der Preis einer dynamischen Preisentwicklung unterliegt.

## **zu 8      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 8.1      Herr Lange zur Kooperativen Gesamtschule "Wilhelm von Humboldt"**

---

**Herr Lange** sagte, dass die KGS „Wilhelm von Humboldt“ hohe Anmeldezahlen aufweist und wies auf die begrenzten Räume an der Schule hin. Er fragte zusätzlich, ob der Gymnasialzweig der KGS „Wilhelm von Humboldt“ nicht noch besser beworben werden kann, um Entlastung bei den Gymnasien zu erzeugen.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Informationen zu weiterführenden Schulen von den Grundschulen an die Eltern herangetragen werden und nicht von der Verwaltung. Sie wies daraufhin, dass Schulpolitik Landessache ist.

**Herr Hiepe** ergänzte, dass bei den Anmeldezahlen noch Bewegung drin ist und in der Aufnahmesatzung die 5-zügigkeit des Sekundarschulzweiges, sowie die 3-zügigkeit des Gymnasialschulzweiges vorgegeben ist. Er sagte auch, dass selbst bei voller Besetzung der Raumfaktor im Normalbereich liegt.

### **zu 8.2      Herr Schiedung zu Schulverwaltungsassistenten**

---

**Herr Schiedung** fragte, ob die Stelle des Schulverwaltungsassistenten an der Kooperativen Gesamtschule „Ulrich von Hutten“ wieder neu ausgeschrieben wird.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

### **zu 8.3      Frau Dr. Brock-Harder zu Schullaufbahneempfehlungen**

---

**Frau Dr. Brock-Harder** nahm Bezug zum Artikel „Ein Verwaltungsakt ohne Sinn“ in der Mitteldeutschen Zeitung (Ausgabe vom 05.03.2024) und fragte ob der da erwähnte dreitägige Test auf freiwilliger Basis stattfindet oder verpflichtend ist.

**Herr Slowig** erklärte, dass ein Schüler, der künftig keine Schullaufbahneempfehlung für das Gymnasium hat, aber trotzdem eins besuchen will, sich dieser Testung unterziehen muss.

### **zu 8.4      Herr Lembert zur Turnhalle der Grundschule "Hanoier Straße"**

---

**Herr Lembert** schilderte, dass die Auslastung der Turnhalle in der Hanoier Straße derzeit sehr hoch ist und dadurch ein enormer Lärmpegel beim Sportunterricht entsteht. Er fügte hinzu, dass die Förderschule „Astrid Lindgren“ zusätzlich die Turnhalle mitnutzt. Er fragte, wo nächstes Jahr die Sprachheilschule den Sportunterricht betreibt.

**Herr Hiepe** sagte, dass die Verwaltung aktuell in Verhandlungen ist, um eine nahegelegene Sportanlage für die Sprachheilschule zu sichern.

#### **zu 8.5 Herr Lembert zur HAVAG**

---

**Herr Lembert** fragte, wie viele Mitarbeiter der HAVAG sich trotz des Streiks arbeitsbereit gemeldet haben und wie die Verwaltung es wertet, dass die Streikenden die Betriebstore blockieren, sodass kein Notfahrplan möglich ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass sie sich nicht zu der Thematik äußert, da es nicht in den Aufgabenbereich der Stadtverwaltung fällt.

#### **zu 8.6 Herr Dr. Wend zum Projekt "AzubiPilot"**

---

**Herr Dr. Wend** fragte, ob das Projekt "AzubiPilot" auch halleschen Berufsschulen geplant ist.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.7 Frau Schmidt zum Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium**

---

**Frau Schmidt** fragte, ob die Verwaltung vom Landesschulamt aufgefordert wurde, den Antrag auf Bestandssicherung für das Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium zu stellen. Sind wir vom Landesschulamt aufgefordert worden den zu stellen oder warum stellen wir ihn nicht

**Herr Petzold** sagte, dass dieser Antrag aufgrund der aktuellen Schülerzahlen gar nicht gestellt werden muss. Die Schülerzahlen sichern gegenwärtig die Bestandsfähigkeit.

#### **zu 8.8 Frau Schmidt zum Sonderprogramm "Junges Wohnen"**

---

**Frau Schmidt** fragte, ob die Stadtverwaltung am Sonderprogramm "Junges Wohnen" teilnimmt, um eine Förderung für die Unterbringung von Berufsschülern zu erhalten.

**Frau Seidel-Jähmig** sagte, dass es zwar ein Bundesprogramm, aber noch keine gültige Landesrichtlinie gibt und daher eine Bewerbung noch nicht möglich ist.

#### **zu 8.9 Frau Schmidt zur Turnhalle der Grundschule "Hans Christian Andersen"**

---

**Frau Schmidt** fragte, ob die Turnhalle auch von Sportvereinen genutzt werden kann und ob die Grundschule „Hans Christian Andersen“ wieder ihr saniertes Gebäude beziehen kann.

**Herr Hiepe** sagte, dass Schulen bei den Turnhallen immer Vorrang genießen, aber die restliche Zeit dürfen auch Vereine die Anlage nutzen.

**zu 9      Anregungen**

---

**zu 9.1      Herr Schiedung zur Kooperativen Gesamtschule "Ulrich von Hutten"**

---

**Herr Schiedung** regte die Verwaltung an, bei einer der nächsten Gesamtkonferenzen der KGS "Ulrich von Hutten" einen Verfahrensweg zur Umbenennung der Schule anzusprechen.

**zu 9.2      Herr Schiedung zu Außenterminen**

---

**Herr Schiedung** regte an, eine künftige Sitzung des Bildungsausschusses als Außentermin an einer Schule stattfinden zu lassen.

**Frau Schmidt** nahm diese Anregung an und beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Claudia Schmidt  
Ausschussvorsitzende

---

Lisa Leluk  
stellvertretende Protokollführerin